

Pressemitteilung
7 September 2015

Belgien ist solidarisch und nimmt 250 Flüchtlinge auf

Nach Abstimmung mit der deutschen Regierung ist unser Land bereit, 250 Kriegsflüchtlinge aufzunehmen. Es handelt sich um Asylbewerber auf der Flucht vor Kriegsgewalt, die sich derzeit im deutschen Bundesland Bayern aufhalten. Die Regierung zeigt sich entschlossen und entscheidet sich beim Asyl für ein humanes und konsequentes Vorgehen.

Aufgrund einer Absprache zwischen Premierminister Charles Michel und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde beschlossen, schnellstmöglich 250 Flüchtlinge in Belgien aufzunehmen. Es handelt sich um eine humanitäre Aktion. Die Modalitäten und die genauen Aufnahmeorte werden derzeit ausgearbeitet und sollen später veröffentlicht werden. Heute hat der Premierminister seine Zustimmung erteilt.

Charles Michel, Premierminister: ?Die Regierung entscheidet sich für die Aufnahme von Menschen, die vor Krieg und Gewalt flüchten. Wir sind bereit, ihnen ein sicheres Umfeld zu bieten. Für unser Land ist Solidarität nicht einfach nur ein Schlagwort.?

Bereits früher hat sich die Regierung ihrer Verantwortung gestellt und viele Tausend zusätzliche Aufnahmeplätze bereitgestellt, die Asylverwaltung ausgebaut und die dafür nötigen Haushaltsmittel freigegeben.

Unser Land zeigt sich erneut bereit, Menschen in Not zu helfen. Es handelt sich dabei um eine einmalige und vorsorgliche Initiative. Die Föderalregierung beabsichtigt, noch mehr Solidarität auf europäischer Ebene zu fordern und findet dabei in Deutschland einen Partner.

Die Föderalregierung verlangt in einem ersten Schritt, eine gerechte Verteilung in Europa einzuführen, bei der die Schaffung von *Hotspots* in den Ländern an den Außengrenzen der Europäischen Union vorgesehen wird. Unter anderem möchte unser Land künftig die Aufnahme in den Regionen rund um Syrien unterstützen, damit die Flüchtlinge, die sich dort bereits in Sicherheit fühlen, nicht die Notwendigkeit verspüren, nach Europa zu kommen.

Belgien ist ebenfalls für die Einführung einer Liste sicherer Länder und eines obligatorischen Verteilungsmechanismus, der die bereits erbrachten Leistungen berücksichtigt. Die Föderalregierung spricht sich seit Beginn der Asylkrise für mehr Solidarität auf europäischer Ebene aus.

Charles Michel: ?Alle Mitgliedsstaaten müssen ihren Willen zur Kooperation erkennen lassen und sich solidarisch zeigen, sonst wird auch eine soziale und wirtschaftliche Solidarität unmöglich sein.?